

Der Landesvorsitzende

**Landesverband
Baden-Württemberg**

BSBD Am Torkel 2 78351 Bodman

26.08.2018

Liebe Freunde,
liebe Mitstreiter,
liebe Mitglieder des BSBD Baden-Württemberg,

Ich gewinne den Eindruck (siehe auch Text weiter unten der dpa), wir vom BSBD hinterlassen zunehmend Eindruck und Wirkung und unsere unaufgeregte Gewerkschaftsarbeit, die auch mal gefühlt unangenehme Entscheidungen wie die notwendigen und zeitlich befristeten Kontrollen in Heilbronn mitträgt, macht sich bezahlt.

Daher will ich gerne hierzu berichten.

Fassen wir mal spontan und nicht abschließend zusammen:

- Der Minister macht sich unsere Zahlen nach mehr Personal (insgesamt ca. 500 Neustellen !!) zu eigen....und redet von Zumutung, wenn er von der Einzelbesetzung auf den Stockwerken und in den Werkbetrieben redet. Unsere Zielsetzung „Tandem zum Erfolg“ ist doch keine Fata Morgana....
- Die Änderung des Landesbesoldungsgesetzes ist in der unmittelbaren Vorbereitung und würde die Anhebung der Werkdienstzulage, die Anhebung der Krankenpflegezulage und Erhöhungen bei den Anwärtersonderzuschlägen (70% für Werkdienst und Krankenpflegebereich und Wegfall der Altersgrenze im Vollzugsdienst) mit sich bringen. Wir fordern übrigens weiterhin auch für den Vollzugsdienst eine moderate Anpassung auf 60%. Das Gesetzgebungsverfahren sollte in der 2. Jahreshälfte dazu laufen, so dass schon in 2019 die neuen Anwärtersonderzuschläge zum Tragen kommen könnten.
- Die Übernahme der Schmerzensgeldansprüche durch eine Änderung des Landesbeamtengesetzes, welches sich gerade bis 31.08. in der Anhörung der Verbände befindet, steht ebenfalls im Raum. Auch hier darf man ein Gesetzesverfahren in der 2. Jahreshälfte erwarten.
- Die Konzeption des JM zur Professionalisierung und Überarbeitung der Einstellungs- und Werbemaßnahmen steht kurz vor der abschließenden Ausarbeitung.....die Gedanken aus der Tagung „Ziele gemeinsam erreichen“ sind gereift.
- Die Bildungsakademie wird in nie gekanntem Umfang umgebaut, also personell und konzeptionell deutlich besser ausgestattet.....ganz sicher auch weil wir in jedem Gespräch im politischen Raum den Finger in genau diese Wunde legen und auf Straubing/Bayern verweisen. Meine Forderung geht weiterhin in Richtung deutlicher Ausbau der Schule an einem einzigen Standort (Stammheim/Stuttgart) mit einem umfassenden Wohn- und Unterrichtskonzept, welches auch zunehmend die Lücken beim Lehrpersonal abdecken kann und die zwar sinnvollen, aber auch belastenden Unterrichtsabordnungen an der Schule mehr und mehr verringert. Dies bedeutet auch eine angemessene Bezahlung der Lehrkräfte und Beschäftigten an der Schule.
- Die CDU-Fraktion macht sich unsere Forderung nach einer Erhöhung der Nachdienstzulage zu eigen und plant, die geforderten 4,50 Euro statt 1,28 Euro in ihr Forderungspaket „Justizvollzug“ zu übernehmen.

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands – Landesverband Baden-Württemberg –

Geschäftsstelle: Moserstraße 26 70182 Stuttgart

Telefon 0711/2599871 email bsbd.bawue@t-online.de

Fachgewerkschaft im  **dbb**
beamtenbund
und tarifunion

- Unser Forderungskonzept zu den Stellenobergrenzen insbesondere im mittleren Dienst, also Schaffung der Haushaltsstellen um die 40 % für A 9 und die 35% für A 9 mit Amtszulage in allen mittleren Diensten erreichen zu können, findet deutlich Gehör und ich erwarte auch hierzu klare Schritte im nächsten Doppelhaushalt 2020/21. Im Übrigen sind die 40% nach unserer Auffassung nur ein kleiner Zwischenschritt. Eigentlich müsste sofort weitergedacht werden und ein Konzept in Richtung mindestens 50% vorgelegt und eingebracht werden. Wir werden jedenfalls ein zukunftsweisendes Konzept vorlegen, welches als Ziel in der Stellenobergrenzenverordnung sich im Bereich von 60-70 % in A 9 bewegt und natürlich auch die A 9 mit Zulage entsprechend nachzeichnet. Wer gute Bewerber will, muss auch Zukunftsperspektiven aufzeigen können, meine ich. Das schönste Prospekt nützt nämlich rein gar nichts, wenn der mögliche Bewerber vom Stammpersonal überwiegend kritische Anmerkungen vernimmt. Ein Lächeln eines zufriedenen Bediensteten ist kostenlos und eine tolle Werbemaßnahme.
- Gleichzeitig gilt es analog dazu auch die Führungsämter in allen Bereichen (hier denke ich an die den AL in der B-Besoldung bis hin zu den notwendigen Anpassungen im gehobenen Verwaltungsdienst und an die A 12 für die VDL und WDL).....nur beispielhaft und auf die Schnelle aufgezählt, aufzuwerten.

Dass wir vom BSBD offensichtlich in der Lage sind, solche großen Räder zu drehen, macht mich stolz und sagt mir auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Ich bin daher auch lieber Optimist als Pessimist, wenn ich an unseren Justizvollzug denke. Nie zuvor gab es eine solche Unterstützung im gesamten politischen Raum und nie zuvor waren wir so nah dran an allen wichtigen Entwicklungen. Und, nie zuvor gab es auch die Gelder (Haushaltsüberschüsse) für solche Projekte. Dass es einen Minister gibt, der in intensivster Weise den Vollzug stärken und zukunfts fest aufstellen will und eine Arbeitsgruppe moderner Justizvollzug der Regierungsfractionen (Danke an die federführenden Herren Jürgen Filius Grüne und Dr. Lasotta CDU), die sich regelmäßig mit uns zum Thema Justizvollzug austauscht, ist etwas, was mich berechtigt auf bessere Zeiten hoffen lässt. Sehr wichtig ist mir auch der stete und sehr konstruktive Austausch mit der Abteilung Justizvollzug im JM, oder glaubt jemand ernsthaft, dass echte dauerhafte Fortschritte nicht besser gemeinsam auf den Weg gebracht werden können?

Daher bleibe ich auch dabei.....ich sehe mehr Licht als Schatten für uns.....gerade auch aufgrund der aufgezeigten Entwicklungen. Pessimismus bringt uns nicht weiter, also lassen wir bei aller berechtigten Kritik dem System die Chance, sich positiv zu entwickeln. Ich will jedenfalls gerne meinen Teil dazu beitragen.

Euer Alexander Schmid

Alexander Schmid
Landesvorsitzender
Bund der Strafvollzugsbediensteten
Landesverband Baden-Württemberg
www.bsbd-bw.de



Der Landesvorsitzende

**Landesverband
Baden-Württemberg**

BSBD Am Torkel 2 78351 Bodman

26.08.2018

Justiz/Kriminalität/Baden-Württemberg/
Wegen vieler Insassen - Justizvollzugspersonal soll verstärkt werden
(Foto - Archiv) =

Stuttgart (dpa/lsw) - Justizminister Guido Wolf will in den Gefängnissen des Landes bis zu 300 weitere Stellen schaffen - damit Strafvollzugsbedienstete künftig zu zweit statt allein Dienst tun können. «Jede Polizeistreife, jeder Sicherheitsdienst ist in der Regel zu zweit unterwegs. Aber in den Justizvollzugsanstalten muten wir den Justizvollzugsbediensteten zu, einen ganzen Stock mit 40 bis 60 Häftlingen alleine zu überwachen», sagte Wolf der Deutschen Presse-Agentur. Es müsse auch dort das Vier-Augenprinzip gelten.

Die Gefängnisse im Südwesten verfügen über 7580 Plätze und sind voll belegt. Dennoch kann nicht sofort ausgeholfen werden. Wolf: «Man muss die neuen Stellen erst als Ausbildungsstellen schaffen. Wir können fertig ausgebildete Justizvollzugsbedienstete ja nicht aus der freien Wirtschaft abwerben, deshalb geht es nicht so schnell.» Geht es nach Wolf, sollen die Stellen im nächsten Doppelhaushalt (2020/2021) eingeplant werden.

Die Gefängnisse im Südwesten verfügen über 7580 Plätze - und fast jeder ist belegt. Mancherorts kommen auf einen Vollzugsbediensteten bis zu 60 Gefangene. Nun soll Personal aufgestockt werden.

Stuttgart (dpa/lsw) - Justizminister Guido Wolf (CDU) will die Zahl der Justizvollzugsbediensteten in den Gefängnissen im Südwesten mittelfristig um 300 auf 4300 Stellen ausbauen. «Jede Polizeistreife, jeder Sicherheitsdienst ist in der Regel zu zweit unterwegs. Aber in den Justizvollzugsanstalten muten wir den Justizvollzugsbediensteten zu, einen ganzen Stock mit 40 bis 60 Häftlingen alleine zu überwachen», sagte Wolf der Deutschen Presse-Agentur. Es müsse auch dort das Vier-Augenprinzip gelten.

Das Problem: Die Mitarbeiter gibt es noch nicht. Wolf: «Man muss die Stellen erst als Ausbildungsstellen schaffen. Wir können fertig ausgebildete Justizvollzugsbedienstete ja nicht aus der freien Wirtschaft abwerben, deshalb geht es nicht so schnell.» Die Stellen sollen im nächsten Doppelhaushalt (2020/2021) eingeplant werden.

Beim Bund der Strafvollzugsbediensteten in Baden-Württemberg (BSBD) zeigte man sich erfreut. «Wir haben lange gesagt, dass wir für einen funktionsfähigen Vollzug 500 zusätzliche Stellen brauchen», sagte der BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid. «Im jetzigen Doppelhaushalt wurden von der Regierungskoalition schon 150 Stellen berücksichtigt. Wenn es funktioniert, dass man weiter Schritt für Schritt aufstockt, wäre das gut. Zumal es derzeit in der Landeskasse das notwendige Geld

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands – Landesverband Baden-Württemberg –

Geschäftsstelle: Moserstraße 26 70182 Stuttgart

Telefon 0711/2599871 email bsbd.bawue@t-online.de

 **dbb**
beamtenbund
und tarifunion

Fachgewerkschaft im

dafür gibt.»

Die Zahl der Gefangenen ist im Südwesten auch im Zuge der Flüchtlingskrise seit Anfang 2016 stark gestiegen. Gab es in den 17 Justizvollzugsanstalten 2015 im Schnitt 6560 Gefangene, waren es Ende Juli 2018 fast 7580 Gefangene - bei einer Kapazität von 7580 Haftplätzen. Wolf: «Schon bei 90 Prozent Belegung redet man von Vollbelegung, weil immer beispielsweise auch Ausweichräume benötigt werden - wir sind bei 100 Prozent und manchmal sogar darüber.»

Von sehr viel höheren Belastungen für die Bediensteten spricht auch Alexander Schmid. Sorgen macht er sich darüber, ob der Nachwuchs für neue Stellen überhaupt gefunden werden kann. «Die Karrierechancen müssen verbessert werden, da hinken wir noch hinterdrein, etwa im Vergleich zur Polizei.» Es gebe im Strafvollzug nur wenige Dienststellen im gehobenen und höheren Dienst. Gleichzeitig sei das Tätigkeitsfeld anspruchsvoll und auch nicht ungefährlich.

Justizminister Wolf hatte sich in Folge der Flüchtlingskrise bereits für eine Aufstockung der Verwaltungsrichter ausgesprochen. «Wir brauchen kurzfristig massive Verstärkung. Stand heute haben wir 41 000 unerledigte Asylverfahren bei den vier Verwaltungsgerichten in Baden-Württemberg.» Um festzulegen, wie viel zusätzliches Personal benötigt werde, müsse man jedoch die aktuellen Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge abwarten, die Ende des Jahres vorliegen sollen.